

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : das neue Afrika ; Unruhherde ; Der Dollar regiert ; Wo bleibt der Sozialismus? ; Der Verrat von Hannover ; Kommunisten und Christen
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140504>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den «Hochburgen der Kultur» lese und dazu die Aufrufe, «eine der höchststehenden Kulturen der Geschichte zu retten», dann stehe ich vor einem gleichen Rätsel wie Harrer, nach seinem Geständnis, vor den zuckend gemurmelten Offenbarungen des Staatsorakels. Sie stehen mit ihren Lobpreisungen im Gegensatz zu der *wahren* Elite des tibetischen Volkes aller Ränge, die wohl weiß, daß die gepriesene Kultur eine vergoldete Mumie ist und der Flut des Fortschrittes weichen muß. Wenn man Tibet helfen will, muß man es aus Kenntnis der Tatsachen tun. (Schluß folgt)

Alice Herz

Zum Vortrag Mochalski

Herr Pfarrer Herbert Mochalski, den wir von seinem Vortrag «Die geistige und politische Lage in Deutschland» in vorzüglicher Erinnerung haben, teilt uns mit, daß es ihm infolge Arbeitsüberlastung nicht möglich sei, uns ein Manuskript seines Vortrages zur Verfügung zu stellen. Pfarrer Mochalski ist, im Zusammenhang mit seiner Arbeit als Studentenpfarrer, neuerdings das Ziel heftiger Presseangriffe. Man wirft ihm vor, er «verbilde» die Jugend. Wir wissen, was wir davon zu halten haben, wurde doch der gleiche Vorwurf schon gegen Sokrates und nicht zuletzt gegen Leonhard Ragaz erhoben.

Wir wünschen Herrn Pfarrer Mochalski Kraft und Geduld in seinem Kampf für eine fortschrittliche Politik seines Landes.

WELTRUNDSCHAU

Das neue Afrika Das scheidende Jahr 1960 hat uns viele denkwürdige Ereignisse und Entwicklungen gebracht. Wir können sie hier nicht nochmals im einzelnen aufzählen; aber *eine* große, folgenschwere Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung hebt sich im Rückblick auf 1960 doch aus all den Vorgängen zweiten und dritten Ranges machtvoll heraus: der fast schwindelerregende, wenn auch noch nicht abgeschlossene Aufstieg *Afrikas* zur Selbstregierung, zur Freiheit von weißer Kolonialherrschaft.

Vor zehn Jahren noch, um 1950, gab es im Schwarzen Erdteil erst vier unabhängige Staaten: Ägypten, Äthiopien, Liberia und die Südafrikanische Union. Fast alle anderen Länder wurden in den internationalen Übersichten unter dem Titel «Nichtselbständige und abhängige Gebiete, Treuhandschaftsgebiete und frühere Mandatsgebiete» zusammengefaßt. Die «nichtselbständigen Gebiete» waren teils belgische, teils britische und französische, teils portugiesische und

spanische Kolonien. Heute, zu Ende des Jahres 1960, leben etwa 150 Millionen von den 230 Millionen Einwohnern Afrikas in etwa zwanzig unabhängigen, von afrikanischen Ministern regierten Ländern, und die meisten anderen werden bald ebenfalls die nationale Unabhängigkeit erlangen. Die Ausnahmen: die Südafrikanische Union, die Zentralafrikanische Föderation (die beiden Rhodesien und Njassaland, die unter britischer Herrschaft stehen), Algerien (das noch immer in französischer Hand ist) und die portugiesischen und spanischen Kolonien bestätigen die Regel; sie wirken als zeitwidrige Überbleibsel des europäischen Kolonialismus und Imperialismus, die als solche gleichfalls zum Verschwinden verurteilt sind. Welch gewaltige Revolution im Lauf eines einzigen Jahrzehnts!

Wie wird sich aber das Leben der afrikanischen Völker unter den neuen Bedingungen gestalten? Wird sich zu der politischen Unabhängigkeit, die die meisten unter ihnen bereits gewonnen haben, auch die wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit gesellen? Werden sie von den weißen Nationen als rassistisch und menschlich gleichberechtigt anerkannt werden? Werden sie sich wirklich selbst regieren können? Werden sie nicht irgendwie zum Spielball des internationalen Machtkampfes werden? «Die Machtpolitiker», so bemerkte schon im vergangenen Sommer der Londoner «New Statesman» (9. Juli), «werden sich darauf konzentrieren, die Beziehungen zwischen den verschiedenen afrikanischen Staaten und ihren internationalen Verbindungen zu beobachten. Wird das Ergebnis der afrikanischen Freiheitsbewegung eine Balkanisierung sein, mit nationalen Konflikten als unvermeidlicher Folge? Wird das Streben nach einem allafrikanischen Zusammenschluß irgendeinen Erfolg haben? Wird der Mangel an Kapital, Maschinen und Fachleuten den Führern des neuen Afrikas nahelegen, sich dem kommunistischen Block zuzuwenden? Oder werden sie aus der Überfülle der Vereinigten Staaten mit ihren antikommunistischen Bedingungen schöpfen?»

Wie berechtigt solche Fragen sind, lehrt nur allzu handgreiflich die Entwicklung der Lage im Kongo, der am 20. Juni dieses Jahres unabhängig geworden ist. Die Belgier, die es planmäßig unterlassen haben, die Kongolesen zur Selbstregierung zu erziehen (wie es hingegen besonders die Engländer in ihren Kolonien getan haben), haben dafür gesorgt, daß der Kongo sofort in die gefährlichste Wachstumskrise gestürzt wurde. Sie haben – wie als feststehend gelten kann – die Meuterei der Force Publique und die folgenden Unruhen selbst hervorgerufen und die Anarchie, in der die junge Republik lebt, größtenteils bewußt verschuldet. Sie kehren immer zahlreicher in ihre alten Stellungen zurück und stehen namentlich auch hinter der Provinzialregierung des Katanga, der sich mit seinen reichen Bodenschätzen vom Gesamtstaat losgerissen hat. «Im Katanga», so berichtet ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 4123), «herrscht Ordnung; die Produktion der 'Société Minière' läuft auf vollen Tou-

ren ... Die Stellung der Belgier ist fast unangetastet geblieben. Freilich gibt es eine schwarze Regierung; aber sie arbeitet eng mit den Belgiern zusammen.» Wenn man die belgische Oberschicht beobachte, habe man den Eindruck, sie gebe sich «wohl etwas allzu sehr» dem Gefühl hin, es sei alles «beim alten, beim guten alten geblieben und das Kupfer des Katanga bilde einen undurchdringlichen Panzer gegen die Unbilden der Zeit, die den übrigen Kongo in ein Chaos verwandelt haben».

Die Vereinten Nationen befassen sich nun zwar schon seit Monaten mit der Bändigung dieses Chaos, aber bisher mit ganz ungenügendem Erfolg. Das Schlimmste dabei ist, daß die unabhängigen afrikanischen Staaten unter sich selbst nicht einig sind über die Politik, die im Kongo verfolgt werden soll. Während ein Teil von ihnen, unterstützt von asiatischen Staaten wie Indien, die Republik unter der ordnungsmäßig gewählten Regierung Lumumba zusammenhalten will, hat sich ein anderer Teil von Belgien, Frankreich und den Vereinigten Staaten ins Schlepptau nehmen lassen und die Zulassung einer Delegation der durch den Staatsstreich Mobutus eingesetzten Gegenregierung zur UNO-Versammlung durchgedrückt. Der Ostblock bekämpft seinerseits diesen Kurs aufs heftigste und entzieht auch der UNO jede finanzielle Unterstützung für ihre Befriedungsaktion im Kongo, so daß es fraglich geworden ist, ob und wie lange diese Aktion überhaupt noch fortgeführt werden kann. Eine trübe Aussicht nicht nur für den Kongo, sondern für die Zukunft Afrikas überhaupt, das doch der Hilfe der übrigen Welt für seine ganze Entwicklung so dringend bedarf! Nichts könnte deutlicher als diese Machtkämpfe zeigen, daß eine Überwindung des Kalten Krieges und die Freimachung der riesigen Mittel und Kräfte, die jetzt die Militärrüstungen verschlingen, für würdige, lebenerhaltende Zwecke auch die Voraussetzung für jede wirksame Hilfe an die unterentwickelten Länder ist.

Unruhherde Das gilt erst recht für *Algerien*, dessen muslimische Bevölkerung aus ihrer beinahe hoffnungslos scheinenden Elendslage nur herauskommen kann, wenn ihr Land sowohl von einer Einbeziehung in den Kalten Krieg zwischen West- und Ostblock bewahrt bleibt (die Gefahr einer solchen Internationalisierung der Algerienfrage besteht zweifellos) als auch endlich dem Heißen Krieg entrückt wird, den die französische Armee seit sechs Jahren dort führt. Präsident de Gaulle hat diesen Krieg offenbar gründlich satt. «Jetzt oder nie ist der Augenblick da, Frieden zu machen», scheint sein Gedanke zu sein. So hat er schon am 4. November das Wort von der «algerischen Republik» fallen lassen, die kommen und mit eigener Regierung und eigenen Einrichtungen und Gesetzen ausgestattet sein müsse. Der bedrohliche Widerstand, auf den er damit bei der Armee und den «Ultras» gestossen ist, hat ihn dann 14 Tage später zu einem weiteren Schritt veranlaßt: zur Ankündigung einer

Volksabstimmung in Frankreich und Algerien, die in der ersten Januarrhälfte stattfinden und die Grundlage für Algeriens Selbstregierung schaffen soll mit ihren drei Möglichkeiten: Eingliederung in Frankreich (wie bisher), bloße Verbündung mit Frankreich und völlige Unabhängigkeit. Aber was bei einem solchen Referendum herauskommen wird, ist heute noch so unklar wie de Gaulles eigener Plan. Man schreibt ihm zwar die Absicht zu, ein mit Frankreich eng verbunden bleibendes Algerien zu schaffen, mit fortschreitender Gewährung von Selbstverwaltungseinrichtungen an die Algerier, eingeschlossen die muselmanische Mehrheit. Aber die große Frage ist, welche Rolle dabei die Armee spielen soll. Ihre Führer sind gegen jeglichen Friedensschluß mit der Algerischen Befreiungsfront (FLN) und verlangen unter allen Umständen die «Kontrollierung» Algeriens durch die Militärmacht Frankreichs. Die Führer des FLN anderseits und die algerische Exilregierung wollen sich auf keine Lösung der Algerienfrage einlassen, die sie selber ausschalten würde und die Dinge im Grund so bleiben ließe, wie sie jetzt sind. Wie de Gaulle diesen Gegensatz auflösen will – Verhandlungsfrieden ohne Kraftprobe mit der französischen Armee – das ist sein Geheimnis ... Er spielt ein hohes, halsbrecherisches Spiel.*

Ein weiterer Unruh- und Krisenherd: die *Türkei*. Der Staatsstreich General Gürsels und seiner Offiziersgruppe, der das verfaulte Regime Menderes beseitigt hat, scheint keineswegs so volkstümlich gewesen zu sein, wie man hätte annehmen können. Nicht nur trauert die Landbevölkerung dem alten Regime nach; auch die liberalen Intellektuellen und besonders die studierende Jugend sind mit dem Revolutionsregime wenig zufrieden und drängen auf demokratische Reformen. Und doch ist das Dringendste, was die Türkei braucht, eine Gesundung ihrer Wirtschaft und ihrer Finanzen, und die kann schwerlich mit westlich-parlamentarischen Methoden erreicht werden. Gürsel, der jetzt freilich durch Krankheit gehemmt ist, hat darum trotz allem eine feste Stellung, namentlich seit er die schärferen Vertreter eines Diktaturregiments

* Inzwischen sind die Fragen bekanntgegeben worden, die bei der Volksabstimmung vom 8. Januar zu beantworten sind. Aber die «Selbstbestimmung» Algeriens, über deren Anerkennung oder Ablehnung die Franzosen entscheiden sollen, ist wieder mit derartigen Vorbehalten und Zweideutigkeiten umgeben, daß sich die Algerier dafür kaum besonders erwärmen werden. Und insbesondere fehlt im Referendumstext die Frage, ob mit dem FLN *Verhandlungen* über einen Waffenstillstand und über die Sicherung der freien Stimmabgabe bei einer späteren algerischen Volksabstimmung angeknüpft werden sollen. Und das ist doch jetzt die Hauptsache. Anderseits hat schon die Ankündigung, daß über eine algerische Selbstregierung «grundsätzlich» entschieden werden solle, neuerdings die Empörung der Algerienfranzosen erregt und anlässlich der jüngsten Reise de Gaulles nach Algerien zu wilden Kundgebungen der «Ultras» geführt. Gegenkundgebungen der afrikanischen Algerier waren die unvermeidliche Folge, mit dem Ergebnis, daß die französischen «Ordnungstruppen» auf die unbewaffneten (oder höchstens mit Stöcken versehenen) Algerier schossen und deren neunzig töteten. Ein neuer Frevel, den die Franzosen hier verübt haben! Das Blut der Ermordeten schreit zum Himmel! (13. Dezember)

aus seiner Umgebung entfernt hat. Inzwischen geht der Prozeß gegen die Träger und Nutznießer des alten Regimes schier endlos weiter, ohne daß abzusehen wäre, wie er eine wirkliche Reinigung der politischen Luft bewirken könnte.

Am anderen, dem östlichen Ende von Asien rumort es beständig, vor allem in *Laos* und *Südvietnam*. Während aber ein Aufstandsversuch gegen die südvietnamische Regierung unter Ngo Dinh Diem – einer amerikanischen Puppe – gescheitert ist, behauptet sich die linksgerichtete Opposition in Laos gegen alle Versuche, die Staatsmacht wieder in die Hände der amerikanischen Oberschicht zu bringen. Der neutralistische Ministerpräsident, Prinz Souvanna Phouma, verhandelt offen mit der kommunistischen Bewegung des Pathet Lao, die mit ihrer 4000 Mann starken Truppe in der Nähe der Hauptstadt Vientiane steht, über eine Koalitionsregierung und legt Wert auf gutnachbarliche Beziehungen mit China, von dem Laos ebenso Hilfe anzunehmen bereit ist wie von der Sowjetunion. Aber klar entschieden ist der Kampf um die politische Orientierung des Landes noch keineswegs.*

Er ist es auch in Japan nicht. Bei den Parlamentswahlen hat zwar die Regierungspartei, die den Militärvertrag mit den Vereinigten Staaten durchdrückte, ihre Stellung befestigt (mit 13 Sitzgewinnen); aber die Zweidrittelmehrheit, die für Verfassungsänderungen erforderlich ist, hat sie dennoch nicht erreicht. Auf der anderen Seite haben die linksstehenden Sozialisten auf Kosten der Rechtssozialdemokraten 23 Sitze gewonnen und die Kommunisten, die bisher nur noch einen Abgeordneten hatten, zwei weitere Vertreter erhalten. Die Radikalisierung innerhalb der Opposition ist unverkennbar, und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, ob sich Japan, das erste Opfer des modernen Atomkrieges, aus dem von Amerika angeführten Kalten Krieg löst, dessen Schrecken diejenigen von Hiroshima und Nagasaki ebenso sehr übertreffen würden, wie die Atombomben von heute diejenigen von 1945 an Zerstörungskraft übertreffen. Vergessen wir doch auch nicht, daß die Masse des japanischen Volkes unter armseligen Bedingungen lebt. Nach einem Bericht der Mailänder «Critica sociale» (20. Juni 1960) sind 7 Millionen japanische Arbeiter unterbeschäftigt; ein Drittel der 17 Millionen Industriearbeiter verdient im Durchschnitt nicht einmal 70 Schweizer Franken im Monat (was unter dem Existenzminimum liegt), und die Mehrzahl der 16 Millionen Bauernfamilien leidet gleichfalls unter großer Bedürftigkeit, so daß eine Massenabwande-

* Aus den jüngsten Meldungen geht hervor, daß die Amerikaner die Streitkräfte des Rebellengenerals Phoumi, ihres Vertrauensmannes und Werkzeugs, mit Geld und Waffen unterstützen, mit dem Zweck, die Regierung wieder in *ihre* Hand zu bekommen. Unter diesem Druck hat sich Ministerpräsident Souvannah nach Kambodscha geflüchtet, während der neutralistische Hauptmann Kong Le mit seinen Anhängern die Hauptstadt besetzt und die Regierung in die Hand genommen hat, seinerseits von China und der Sowjetunion unterstützt, die ihm, wie dem Prinzen Souvannah vor ihm, Waffen liefern. Es wird auch für Laos immer schwerer, eine Linie wirklicher Neutralität einzuhalten! (13. Dezember)

rung vom Land in die Städte und Industriegebiete erfolgt, die ohnehin schon überbevölkert sind. Das alles wird früher oder später seine Wirkungen auf das ganze wirtschaftlich-soziale und damit auch das politische Regime Japans ausüben. Auch Japan wird sich der gewaltigen Umwälzung nicht entziehen können, von der ganz Asiens gesellschaftliche Ordnungen betroffen sind.

Und wenn wir in Gedanken einen Sprung über den Stillen Ozean nach *Mittelamerika* machen wollen, so sehen wir die gleichen Wirkungen aus den gleichen Ursachen bereits offen daliegen. «U. S. News & World Report» (14. November) stellt die Ausstrahlungen der kubanischen Revolution auf die Länder um das Karibische Meer in vielleicht schon allzu düsteren Farben dar. Ein Dutzend neuer «Castros» drohe in diesem Raum aufzukommen: in San Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, San Domingo, Kolumbien, Venezuela usw. «Mit Ausnahme von Costa Rica», so gibt die große Neuyorker Wochenzeitung zu, «leiden alle Länder des ganzen Gebietes unter Hunger, Krankheit, Mangel an Verdienstmöglichkeiten, schlechten Wohnungsverhältnissen, einer riesigen Kluft zwischen reich und arm und einer anschwellenden Geburtenzahl... Früher oder später, so hofft Castro, werde er der rote Diktator des karibischen Raumes sein und eine Stellung gewinnen, um südwärts nach Südamerika hin vorzustößen und den Kommunisten zu helfen, auch nordwärts nach Mexiko einzudringen. Das ist Castros Spiel, das er von seinem kubanischen Stützpunkt aus heute treibt.» Die Vereinigten Staaten lassen denn auch bereits ihre Kriegsschiffe in der Karibischen See patrouillieren und demonstrieren ihre militärische Stärke in diesem unruhigen Winkel auch sonstwie; aber gleichen alle solchen Vorkehrungen, um die soziale Revolution einzudämmen, nicht dem Versuch, einen Lavastrom mit Bretterzäunen abzuwehren?

Der Dollar regiert Präsident Kennedy wird, wenn er im Januar sein Amt antritt, auf jeden Fall auch in seiner Außenpolitik gleich vor schwierige Aufgaben gestellt werden. Ob er ihnen einigermaßen gewachsen sein wird, ob er namentlich dem Kommunismus etwas anderes entgegenzusetzen hat als reaktionäres Scharfmachertum, das hängt zu einem erheblichen Teil von der Entwicklung ab, die Amerikas *Währungslage* nehmen wird. Denn: «Der Dollar wird der große Regulator von Kennedys Plänen und Handlungsweise sein», glaubt die vorhin erwähnte Zeitschrift voraussagen zu können. Der Dollar ist tatsächlich beunruhigend schwach geworden. In den 15 Jahren der Truman- und der Eisenhower-Ära sind insgesamt 75 Milliarden Dollar in verschiedenen Formen als Hilfgelder ins Ausland geflossen. Der sagenhafte Goldschatz im Fort Knox ist dadurch und durch andere Goldabzüge auf 18 Milliarden Dollar zusammengeschmolzen und droht sich noch weiter zu verringern. Mit Großbritannien zusammen haben die Vereinigten Staaten, die Sieger im

Zweiten Weltkrieg, jetzt die schwächste Währung, wohingegen Westdeutschland und Japan, die Besiegten, die stärksten Währungen haben. Nicht daß diese beiden Länder nun ihrerseits den Vereinigten Staaten unter die Arme greifen müßten, wie diese es nach Kriegsende ihnen gegenüber getan haben; aber daß Amerikas Verbündete, Westdeutschland voran, die Kosten der NATO-Rüstungen und der amerikanischen Militärstützpunkte in Europa viel stärker als bisher mittragen müssen, ist trotz dem bisherigen Mißerfolg der entsprechenden Bemühungen der USA augenscheinlich. Darüber hinaus werden die Vereinigten Staaten selbst eine Reihe von ziemlich einschneidenden Maßnahmen ergreifen müssen, um den Dollarabfluß ins Ausland einzudämmen. Namentlich werden sie kaum darum herumkommen, Sparmaßnahmen zu treffen, die – neben den sozialpolitischen Aufwendungen – wohl auch die Rüstungsausgaben in Mitleidenschaft ziehen werden.

Aber ich habe bereits in der letzten Weltrundschau bemerkt, daß eine *gründliche* Änderung des bisherigen außenpolitischen Kurses der USA erst in Frage kommen dürfte, wenn die überseeischen Kapitalanlagen der amerikanischen Geschäftswelt durch die Schrumpfung des Lebensraumes der «freien Wirtschaft» und die Ausdehnung der sozialistischen Wirtschaftsform ernsthaft gefährdet sind. Und auch dann ist es zunächst wenig wahrscheinlich, daß die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten den Weg einer friedlichen Zusammenarbeit mit der kommunistischen Welt und einer radikalen Abrüstung einschlagen wird. An den Kriegsrüstungen hängen so viele und mächtige Interessen, daß die Umstellung von der Rüstungswirtschaft auf großzügige Wohlfahrtsförderung im In- und Ausland, vor allem auf eine umfassende Hilfe an die unterentwickelten Länder, den größten Schwierigkeiten begegnen würde, obwohl sie an sich durchaus möglich wäre. Was aber wohl noch wichtiger ist: die Nutznießer der bestehenden Ordnung haben, wie die «Monthly Review» (Novemberheft 1960) zutreffend feststellt, überhaupt keine vernünftige Erklärung für das, was heute in der Welt vorgeht. Und doch verlangt das menschliche Denken irgendeine Erklärung – wenn keine vernünftige, dann eben eine unvernünftige. Das besagt aber, daß sich der *Kommunismus* weiterhin als der bequemste Sündenbock für die «freie Welt» darbietet. «Der Jude ist an allem schuld», hieß es einst unter Hitler; «der Kommunismus ist an allem schuld», heißt es seit Hitlers Verschwinden (und hieß es schon vorher vielfach). Die amerikanische Politik wird auch in Zukunft Niederlage um Niederlage erleiden. Aber diese neuen Rückschläge werden – so erwartet die genannte sozialistische Revue –, «statt die herrschende Klasse zum Verstand zu bringen, nur zu einer verstärkten Anbetung des kommunistischen Teufels führen. Nicht weniger, sondern *mehr* Antikommunismus, mehr Kalter Krieg, mehr Wettrüsten sind zu erwarten. Und natürlich auch mehr Niederlagen. Und größere Niederlagen.»

Was das *Wettrüsten* anlangt, so wird es wohl schon bald einen

neuen Antrieb bekommen. Zweifellos im Einverständnis mit Washington verfißt jetzt auf die kommende NATO-Tagung hin General Norstad, der Oberkommandierende der NATO-Wehrmacht, den Plan, deren Streitkräfte mit eigenen, gemeinsamen Atomwaffen auszustatten, besonders mit den amerikanischen Polaris-Raketen, von deren Wirksamkeit und «Unverwundbarkeit» (weil von atomar angetriebenen Unterseebooten aus abzuschießen) ja Wunderdinge erwartet werden. Bis jetzt scheint noch keine Einigung unter den europäischen NATO-Regierungen über diesen Plan zustande gekommen zu sein. Besonders de Gaulle «bockt», wie üblich; er will eben seine eigene Atommacht, auch wenn sie in den nächsten fünf Jahren Frankreich 25 Milliarden Dollar kosten wird. Dafür sieht Adenauer im Norstad-Plan den bequemsten Weg, um der westdeutschen Wehrmacht zu den ersehnten Atomwaffen zu verhelfen, während Macmillan, der sich einem zunehmenden Widerstand des englischen Volkes gegen atomare Rüstungen gegenüber sieht, offenbar noch zögert. Allein bei genügendem amerikanischem Druck wird – vielleicht mit etwelchen Zugeständnissen an die «nationalen Besonderheiten» der Westeuropäer – das Projekt wahrscheinlich doch verwirklicht werden. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß Kennedy bereits ins Vertrauen gezogen worden ist und Norstad nicht abschütteln wird. Auch er hält es eben für die vornehmste Aufgabe der amerikanischen Außenpolitik, den Kalten Krieg zu *gewinnen*, nicht ihn zu *beenden*. Die Schweiz, als nicht der NATO angehöriges Land, wird durch den ganzen Plan freilich in eine gewisse Verlegenheit kommen. Müssen unsere atomwaffenbegeisterten Obersten dann offen die Eingliederung unserer Armee in das NATO-System verlangen? Oder hoffen sie, von Amerika (oder England oder Frankreich) gesondert Atomwaffen beziehen zu können, um wenigstens den Schein der Neutralität aufrechtzuerhalten?

Wo bleibt der Sozialismus? Die gegebene Opposition gegen die ganze verhängnisvolle Richtung, in der die bürgerlich-kapitalistische Welt dahintreibt, sollte innerhalb der nichtkommunistischen Länder die *sozialistische Bewegung* sein. Sie ist es auch weithin noch, besonders in Japan, Italien, Großbritannien, Norwegen, Finnland, aber auch in einigen anderen Ländern, in denen die *wirklich* sozialistische Bewegung, wenn nicht stark, so doch lebendig und gesinnungsgetreu ist oder in einer innere Erneuerung steht. Große Hoffnungen darf man namentlich auch auf ein Erstarken des radikalen Sozialismus in den unterentwickelten Ländern setzen, die im Aufstand gegen Kapitalismus und Kolonialismus begriffen sind, ohne sich dem Kommunismus zu verschreiben; Lateinamerika scheint, von der kubanischen Revolution angefeuert, in der nächsten Zeit hier in den Vordergrund treten zu wollen.

Um so bedenklicher sieht es mit dem Sozialismus in Westeuropa aus. In der Berichtszeit haben in dieser Hinsicht – abgesehen von

Großbritannien, wo der Kampf zwischen «links» und «rechts» in der Labourpartei erbittert weitergeht – namentlich Italien und Westdeutschland viel zu reden gegeben. Wie ich schon wiederholt darzulegen Gelegenheit hatte, machen sich in der Sozialistischen Partei *Italiens* unter Führung Pietro Nenni seit Jahren starke Neigungen geltend, ein parlamentarisches Bündnis mit der regierenden Christlich-demokratischen Partei (die natürlich weder christlich noch demokratisch ist) einzugehen. Ihre Kammerfraktion hat durch wohlwollende Stimmenthaltung bereits das neugebildete Kabinett Fanfani gerettet, das nach dem Bruch mit den Neufaschisten keine zuverlässige Mehrheit mehr hat, und jetzt, nach den jüngsten Provinzial- und Gemeindewahlen, hat die Parteileitung, ohne dazu vom Parteivorstand oder gar von einem Parteitag bevollmächtigt worden zu sein, den Christlichdemokraten sogar eine umfassende Verständigung über die Bildung der Stadtregerungen in denjenigen Gemeinden vorgeschlagen, die nicht von vornherein eine absolute Mehrheit entweder der klerikalen Rechten oder der Linken oder der «demokratischen» Mitte (Christlichdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) aufweisen.

Dieses Angebot steht durchaus im Gegensatz zu den politischen Strömungen, die sich bei den genannten Wahlen abgezeichnet haben. Ihr Hauptmerkmal ist ein deutlicher Ruck nach links. Die Kommunisten haben fast 25 Prozent aller Stimmen erlangt (gegen 19 Prozent bei den ersten Nachkriegswahlen im Jahre 1946 und 23 Prozent bei den Kammerwahlen von 1958); die Linkssozialisten haben 3 Prozent Stimmen verloren (als Folge ihrer schwankenden Haltung), verfügen aber zusammen mit den Kommunisten über rund 40 Prozent aller Stimmen, fast ebensoviel wie die Christlichdemokraten, die diesmal 2 Prozent Stimmen verloren haben, während die Monarchisten annähernd aufgerieben wurden, die Neufaschisten jedoch ordentlich «geerbt» haben. Schon dieser Wahlausfall sollte den Sozialisten eine taktische Verständigung nicht mit der klerikal-reaktionären Rechten, sondern mit der kommunistischen Linken nahelegen – in den Gemeinden und Provinzen wie auf Landesebene. Noch viel mehr aber sollten grundsätzliche Erwägungen gegen ein Zusammengehen mit der sich gemäßigt oder zentristisch nennenden Rechten sprechen. Lelio Basso, der beste Kopf, den die Sozialisten wohl haben, wird nicht müde, vor einem Weiterrutschen auf der schiefen Ebene zu warnen, auf die sich Nenni und seine Anhänger gewagt haben. In seiner Monatsschrift «*Problemi del socialismo*» zeigt er neuerdings (Heft 8/9), wie die Anlehnung an die klerikale Regierungspartei – die politische Vertretung des Dreibunds von Großgrundbesitz, Großkapital und Vatikankirche – einfach Verzicht auf die Erfüllung der wesentlichen Aufgabe einer sozialistischen Partei ist: nicht die herrschende Unrechtsordnung etwas zu verbessern und dadurch tatsächlich zu stützen, sondern sie zu überwinden und unnachgiebig und zielklar an der Vorbereitung

einer neuen, gut sozialistischen Ordnung festzuhalten. Die Versuchung, trotz allen Lippenbekenntnissen zum «alten Glauben» das Wesentliche am Sozialismus preiszugeben, um *in der bestehenden Wirtschafts- und Staatsform* irgendwie an die Macht zu kommen, mag groß sein, aber auf die Länge ist die Spekulation der Anpassungspolitiker doch kurzsichtig und falsch. «Der Sozialismus», so mahnt Basso, «ist in der Vergangenheit in den Augen der Massen eine Gegenbewegung zum Bestehenden gewesen, eine allumfassende Gegenbewegung auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und moralischem Gebiet, und als Gegenbewegung, als Verkörperung einer radikalen Opposition zum bestehenden Regime, als geistige Kraft, die allen bürgerlichen Ideologien entgegengesetzt ist, hat der Sozialismus Riesenschritte gemacht und ist überall der große Vorkämpfer der neuzeitlichen Geschichte geworden.» Nur in diesem Zeichen, fügen wir hinzu, wird er auch siegen – durch mutige Entfaltung seiner Fahne, nicht durch ihre schlaue Verhüllung, durch die sich die flottanten Mittelschichten, auf die es die revisionistischen Strategen abgesehen haben, ja doch nicht täuschen lassen.

Der Verrat von Hannover Wir hoffen, der italienische Sozialismus werde sich doch noch rechtzeitig der tödlichen Gefahr bewußt werden, in die er mit einer Anbiederung an die Träger der herrschenden «Ordnung» – dieser fürchterlichen Mißwirtschaft – geraten müßte, zumal ja das Schicksal der unter Saragats Führung längst nach rechts abgeglittenen Sozialdemokratischen Partei eine beredte Sprache spricht. Was soll man aber erst vom Schicksal der *westdeutschen Sozialdemokratie* sagen? Mit ihr geht es moralisch so rasend schnell bergab, daß auch ihre Gegner den Atem anhalten und kaum glauben können, was doch seit dem Parteitag von Hannover, Ende November, Tatsache geworden ist: die offene Wegwerfung alles sozialistischen Gedankengutes durch die SPD und ihre Verwandlung in eine bestenfalls bürgerliche Fortschrittspartei, die aber außenpolitisch den rückschrittlichsten Militarismus und Nationalismus stützt.

Das neue (Godesberger) Programm, das sich die SPD letztes Jahr gegeben hat, hatte – so meinte man damals – schon das Menschenmögliche geleistet, um unter Beibehaltung eines gewissen «rötlichen» Anstrichs tatsächlich den Sozialismus selbst, nicht nur den Marxismus, zu liquidieren. In Hannover riß die Partei ebenso brutal wie zynisch auch noch die Fassade weg und enthüllte sich mit einer Schamlosigkeit sondergleichen als reine Strebermaschinerie, die rücksichtslos zur Regierungsmacht drängt, koste es, was es wolle. Ein Einzelvorgang ist dafür höchst bezeichnend. In seiner Eröffnungsrede hatte der Parteivorsitzende Ollenhauer erklärt, die SPD lehne die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab, da sie weder militärisch notwendig noch die zweckmäßigste Bewaffnung deutscher Einheiten sei. Das stand im Ein-

klang mit dem Godesberger Programm, das das atomare Wettrüsten als zu einer Katastrophe führend bezeichnet, die «Ausschaltung der Kernwaffen» als unerlässlich anerkennt und die «Ausklammerung» bestimmter Gebiete (gemeint ist Mitteleuropa) aus «strategischen Machtverhältnissen» fordert. Ollenhauer fand mit seiner programmatischen Erklärung den stürmischen Beifall der erdrückenden Mehrheit der 400 Delegierten. Was geschah aber? Die eigentlichen Regisseure des Parteitages saßen, bestürzt über diese «Entgleisung» des Präsidenten, sofort zusammen und bereiteten über Nacht eine Gegenkundgebung vor, um die Annahme der Parteivorstandsresolution zu sichern, die, ohne ausdrücklich Atomwaffen für die Bundeswehr zu fordern, doch die Tür für deren Einführung aufmacht. Am anderen Morgen setzten Erler, Wehner und dann namentlich Willy Brandt, der «Kanzlerkandidat», den Delegierten auseinander, daß sich die Partei einer atomaren Aufrüstung nicht widersetzen dürfe, wenn sie sich im kommenden Wahlkampf nicht Adenauer «ans Messer liefern» wolle. Und siehe da: mit Ausnahme eines guten Dutzends Aufrechter fiel der ganze Parteitag um und stimmte einer Politik zu, die er tags zuvor begeistert abgelehnt hatte. Verächtlicher hat noch nie ein verantwortliches Parteiparlament angebetet, was es zuvor verbrannt hatte, und verbrannt, was es soeben noch angebetet hatte!

Den Schlußeffekt bildete dann der «Appell von Hannover», der keinen Zweifel darüber läßt, daß die SPD mit ihrer mehr oder weniger sozialistischen Vergangenheit radikal gebrochen hat. Innerhalb einer Generation – so wird versprochen – werde die Lebenshaltung auf die doppelte Höhe der heutigen gebracht werden (ohne Änderung der Wirtschaftsform); Deutschland müsse eine «eigentumsbesitzende Demokratie» werden, in der jede Familie ihr Eigenheim, ihr Auto und die Möglichkeit zum Erwerb von Industrieaktien habe. Richard Crossman, der gegenwärtige Vorsitzende der Labourpartei, der dem Hannoverschen Kongreß beigewohnt hat, meinte einem Mitglied des Parteivorstandes gegenüber, dieses Programm der SPD unterscheide sich ja in nichts mehr von demjenigen der Freien Demokraten oder der Adenauerschen Christlichdemokratischen Union. Worauf der Mann erwiderte, das sei doch gerade der Zweck des Manifests: die SPD programmatisch so nahe an die CDU heranzubringen wie möglich. «Wir sind darum nicht nur eine Partei des freien Unternehmertums geworden, ohne irgendwelche Festlegung auf weitere Sozialisierungen, sondern haben auch alle Angriffe auf Adenauers Außenpolitik eingestellt.» Später könne man ja von der Gegenpartei wieder ein wenig Abstand nehmen, «falls es taktisch wünschbar ist».

Crossman, der sein Erstaunen über die radikale Schwenkung der westdeutschen Sozialdemokratie nicht verhehlt, anerkennt immerhin, daß die ganze Aktion «mit Mut und Entschlossenheit» durchgeführt worden sei. (Vergleiche «New Statesman», 3. Dezember.) Ein trauriger Mut freilich, diese Entschlossenheit zum offenen Verrat! Allein

das kapitalistische «Wirtschaftswunder» in Westdeutschland, der Haß gegen die DDR, die sich auf den Sozialismus beruft, und der verzehrende Drang zur Macht ließen die Führer der Partei, die August Bebel einst den «Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft» genannt hatte, eben jede Selbstachtung und jeden Anstand so sehr vergessen, daß ihr die Erreichung des heiß begehrten Zieles jedes, wirklich jedes Opfer wert scheint. Wird sich aber die Charakterlumperei, die hier begangen worden ist, «realpolitisch» auch wirklich lohnen? Es mag zweifelhaft erscheinen, wenn man bedenkt, daß der Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1957 mindestens sechs Millionen Stimmen fehlten, um die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erlangen, und daß sie immerhin noch drei Millionen Stimmen gewinnen muß, wenn sie mit den Freien Demokraten zusammen regieren will. Wahrscheinlich hofft sie, wenigstens so viel Stimmen auf sich zu vereinigen, um ihren Willy Brandt zum Vizekanzler neben einem CDU-Kanzler – ob nun Adenauer oder ein anderer das sein wird – erheben zu können.

Aber es kommt ja gar nicht darauf an, ob sich die Wahlspekulation der SPD-Führung nächstes Jahr als gelungen erweist. Entscheidend ist der moralische Bankrott der Partei, der sich früher oder später mit völliger Sicherheit auch in eine politische Niederlage umsetzen wird. Auf jeden Fall wird der völlige Wegfall einer wirksamen Opposition gegen die Außen- und Militärfpolitik der heutigen Bonner Regierung Unheil auf internationalem Boden nach sich ziehen. Und daß das böse Beispiel der westdeutschen Sozialdemokratie auch andere sozialistische Landesparteien veranlassen wird, noch entschlossener als bisher den sozialistischen «Ballast» von sich zu werfen, darauf wird man sich ebenfalls gefaßt machen müssen. Ich denke da nicht zuletzt an die Sozialdemokratische Partei der *Schweiz*, die es gerade noch nötig hat, in ihrem bürgerlichen Anpassertum und Militärpatriotismus ermutigt und gestützt zu werden!

Kommunisten und Christen Die ganze Entartung und Auflösung *dieses* Sozialismus – wenn der gute Name überhaupt noch für eine so schlechte Sache gebraucht werden darf – kommt nur den Mächten der kapitalistischen Welt – und dem Kommunismus zugut. Mehr und mehr bleiben beim Fortgang der geschilderten Entwicklung nur noch Kapitalismus und Kommunismus als Wahlmöglichkeit übrig; für einen freiheitlichen Sozialismus, der sich weder durch den erstrangigen Gegensatz zur kapitalistisch-militärischen Welt ins kommunistische Lager noch durch sein Festhalten an den politischen Menschen- und Bürgerrechten ins kapitalistische Lager abdrängen läßt – für einen solchen Sozialismus verengert sich der noch verfügbare Lebensraum immer unheilvoller. Und je mehr sich das eine Lager verschanzt und verhärtet, um so mehr droht es auch das andere zu tun – die altbekannte Wechselwirkung.

Gegenwärtig ist im kommunistischen Lager freilich eine deutliche

Auflockerungs- und Entspannungstendenz am Werk. Das *Konzil von Moskau*, das vor wenigen Tagen nach vierwöchiger Dauer zu Ende gegangen ist, war ausgesprochen der Klärung und Festigung dieser Tendenz gewidmet, wobei der Ausgleich der Gegensätze zwischen der «chinesischen» und der «russischen» Schule im Mittelpunkt stand. Und wenn auch in dem neuen Kommunistischen Manifest, das als Ergebnis der großen Tagung herausgegeben wurde, gewiß scharfe Töne angeschlagen wurden, wenn die grundlegenden Gegensätze zwischen den beiden feindlichen Weltlagern nicht im mindesten verwischt wurden, so ist doch unverkennbar jener sich auf Lenin berufende Dogmatismus, der die Kriegskräfte im Kapitalismus als auf friedlichem Weg nicht überwindbar erachtet, abgelehnt, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Überwindung des Kalten Krieges und eines im großen ganzen katastrophenlosen Übergangs zum Sozialismus aber deutlich genug festgestellt worden. Damit jedoch die kommunistische Koexistenzpolitik endgültig durchdringt, ist eben auf westmächtlicher Seite eine klare Entscheidung für die Abkehr vom Kalten Krieg erforderlich, für den Verzicht auf alle Versuche, den Wettbewerb mit dem Kommunismus auf militärischem Gebiet auszugetragen, weil man die *wirkliche* Herausforderung, die der Kommunismus darstellt und die auf geistigem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet liegt, nicht bestehen zu können fürchtet. Dann wird auch die Diktatur – als *innere* Abwehr der Bedrohung durch die kapitalistische Welt – in den Ostländern abgebaut werden können. Und es werden in Verbindung damit jene geistigen und sittlichen Kräfte entbunden werden, die dem Sozialismus und dem Völkerfrieden erst ein gesichertes Leben zu geben vermögen und deren Bedeutung im Marxismus-Leninismus jetzt so tragisch verkannt, ja geleugnet wird.

Was Leonhard Ragaz immer so stark betont hat, ist heute, da der Sozialismus im Weltmaßstab Wirklichkeit wird, sichtbarer als je: «Der Sozialismus verbindet sich öfters mit einer Weltanschauung, die gar nicht zu ihm paßt, sondern viel besser zu der Welt, die er bekämpft.» Es ist recht eigentlich ein Verhängnis, sagte einst Ragaz, daß der Sozialismus «gerade jenen Mächten huldigt, die den Kapitalismus herbeigeführt haben und ihn stützen. Er wird nicht nur rückständig, sondern untergräbt sich selbst. Den Sozialismus auf Materialismus, Egoismus und Atheismus stützen, heißt ein Haus auf den Sumpf bauen ... Wenn die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Sozialismus erfordert, möglich sein soll, so müssen gewisse geistige Mächte besiegt werden, sonst bekommen wir im günstigsten Falle die alte kapitalistische Welt mit einigem sozialistischem Firnis.» Man müßte blind sein, wenn man diese Gefahr sich nicht schon heute in den Ländern der sozialistischen Verwirklichung abzeichnen sähe!

Auch Friedrich Wilhelm Foerster, der hochbetagt noch unter uns weilt und seine Stimme hören läßt, zeigt so überzeugend klar, daß es nicht oberflächlicher Idealismus, sondern tiefster Realismus ist, wenn

festgestellt wird, daß «das Übel, das grundlegende, ein geistiges ist» und mit bloßer Umgestaltung der materiellen Verhältnisse nicht geheilt werden kann. «Aber», so fährt er gleich fort, «auch wenn das wahre Heilmittel ein geistiges sein muß, so kann es doch durch ökonomische und politische Mittel vorbereitet werden – genau so, wie man die erstarrte Herztätigkeit eines Ertrunkenen durch äußere Bewegungen wieder in Gang bringen kann. Im gleichen Sinne würde ein gigantischer West-Ost-Vertrag . . . zur politischen Beruhigung der ganzen Welt und zu einer äußeren Zusammenarbeit führen, die allen weiteren Entwicklungen das Tor öffnen würde – vorausgesetzt, daß in solcher Zeit der Entspannung die Christen der ganzen Welt ihre Schuldigkeit tun. Dazu wird aber viel christliche Gewissenserforschung notwendig sein.»

Foerster warnt besonders vor «jener leidenschaftlichen Kreuzzugsstimmung», von der nur zu viele Christen in ihrem Urteil über die Russische Revolution beherrscht seien. »Gegenüber den großen Kreuzzügen im Mittelalter protestierten die Vertreter der griechischen Kirche in Byzanz und sagten: ‚So geht es nicht! Man muß mit anderen Methoden auf die ungläubige Welt einwirken.‘ Das gleiche muß heute der westlichen Welt gesagt werden, damit sie ihre ganze Auseinandersetzung mit dem totalitären Osten auf eine wahrhaft christliche Basis stelle.» Praktisch gesprochen: Der «gigantische West-Ost-Vertrag», den Foerster empfiehlt, muß rasche, wenn auch stufenweise durchgeführte militärische Abrüstung, großzügige Hilfe für alle notleidenden Völker und Volksschichten, Abbruch des Kalten Krieges in all seinen Formen und eine *alle* Nationen – besonders auch die chinesische – umfassende Friedensordnung zum Inhalt haben. Und Aufgabe gerade der Christen ist es, sich dafür mit ihrer ganzen Kraft und Gläubigkeit einzusetzen. Das wäre eine wirkliche Weihnacht, eine Fleischwerdung der ewigen Wahrheit, die unsere sonst verlorene Welt doch noch zu retten vermöchte!

6. Dezember

Hugo Kramer

*Sonderdrucke
vom Artikel von Elisabeth Rotten*

«Schutz dem Unbekannten Kinde» (November-Nummer der «Neuen Wege») können zum Preise von 20 Rappen pro Exemplar oder Fr. 1.— für 10 Exemplare bei der Administration, Manessestraße 8, Zürich 4, bezogen werden.